

Heidelberger Schriften
zum Wirtschaftsrecht und Europarecht

90

Jan-David Geiger

Mitgliedschaftseingriff und Normprägung



Nomos

Heidelberger Schriften
zum Wirtschaftsrecht und Europarecht

Herausgegeben von
Prof. Dr. Stefan J. Geibel
Prof. Dr. Dr. h.c. Peter Hommelhoff
Prof. Dr. Dr. h.c. Peter-Christian Müller-Graff
Prof. Dr. Dirk A. Verse

Band 90

Jan-David Geiger

Mitgliedschaftseingriff und Normprägung



Nomos

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Heidelberg, Univ., Diss., 2019

ISBN 978-3-8487-6135-7 (Print)

ISBN 978-3-7489-0258-4 (ePDF)

1. Auflage 2020

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2020. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Meiner Familie

Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Herbst-/Wintersemester 2018/2019 von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Dissertation angenommen und zum Druck freigegeben. Das Manuskript wurde zum 30. Juni 2016 abgeschlossen. Später erschienene Literatur und Rechtsprechung wurden, soweit möglich, berücksichtigt.

Meinen herzlichen Dank möchte ich meinem verehrten akademischen Lehrer, Herrn Professor Dr. Stefan J. Geibel, Maître en droit (Université Aix-Marseille III), aussprechen. Er hat mich weit über die Betreuung dieser Arbeit hinaus gefördert und unterstützt und war stets mit offenem Ohr und scharfsinnigen Gedanken zur Diskussion bereit. Das habe ich als überaus bereichernd empfunden und werde ich stets in guter Erinnerung behalten.

Herrn Professor Dr. Marc-Philippe Weller danke ich vielmals, dass er die Mühen der Zweitbegutachtung übernommen hat. Ferner danke ich Herrn Professor Dr. Dirk A. Verse, M. Jur. (Oxford), der den Vorsitz in der Disputation führte. Für die Aufnahme in die Schriftenreihe Heidelberger Schriften zum Wirtschaftsrecht und Europarecht danke ich Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. Peter Hommelhoff, Herrn Professor Dr. Dr. h.c. mult. Peter-Christian Müller-Graff, Herrn Professor Dr. Stefan J. Geibel, Maître en droit (Université Aix-Marseille III) und Herrn Professor Dr. Dirk A. Verse, M. Jur. (Oxford).

Herzlich danken möchte ich auch den Kollegen am Institut für deutsches und europäisches Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht und darüber hinaus an der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg, mit denen ich einige überaus bereichernde Jahre verbringen durfte.

Weissach, im September 2019

Jan-David Geiger

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis verwendeter Abkürzungen	21
I. Kapitel Der „Eingriff in die Mitgliedschaft“ – Paradoxon zur Normprägung der Mitgliedschaft?	25
§ 1 Einleitung und Ausgangspunkt: Die Eingriffsdogmatik	25
§ 2 Die Entwicklung der Eingriffsdogmatik	31
I. Die Leitentscheidungen	31
1. Materielle Beschlusskontrolle beim Bezugsrechtsausschluss	31
2. Ungeschriebene Hauptversammlungskompetenz	33
a) Grundlagen	33
b) Die Primär- im Gegensatz zur Sekundärebene	36
3. Ausblick: Kernbereichslehre	37
II. Die Eingriffs-Vorgeschichte in der Rechtsprechung	39
1. Materielle Beschlusskontrolle	39
a) Die Rechtsprechung des Reichsgerichts: Derivative und originäre Funktionen des Mitgliedschaftsarguments	39
b) Die frühe Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	42
c) Die Einordnung der „Höchststimmrechtsentscheidung“ in die Eingriffsdogmatik	43
2. Ungeschriebene Hauptversammlungskompetenzen	46
III. Weiterentwicklung	49
1. Materielle Beschlusskontrolle	49
a) Ausnahmen nach der sogenannten Vorentscheidungsrechtsprechung	49
b) Rechtsprechung zum genehmigten Kapital	56
2. Ungeschriebene Hauptversammlungskompetenzen	59
IV. Ansätze zu einer Eingriffsdogmatik in der Literatur	61
1. Materielle Beschlusskontrolle	61
2. Ungeschriebene Hauptversammlungskompetenzen	64
V. Zwischenergebnis zur Struktur der Eingriffsdogmatik	65

Inhaltsverzeichnis

§ 3	Die Mitgliedschaft als subjektives Recht – Das Objekt des Eingriffs	70
	I. Das rechtsformübergreifende, subjektivrechtliche Mitgliedschaftskonzept	71
	1. Subjektives Recht oder Stellung im Rechtsverhältnis	71
	a) Die formalen Argumente e contrario	72
	b) Die Entstehungsgeschichte des § 38 BGB	73
	c) Über die Unvereinbarkeit von subjektivem Recht und Pflichten	75
	aa) Aspekte aus dem subjektiven Recht des Eigentums	77
	bb) Pflichten bei den beschränkten dinglichen Rechten	79
	(1) Annexrechtsverhältnisse als strukturell taugliche Vorbilder?	79
	(2) Das Problem der Integration echter Leistungspflichten	83
	cc) Entstehungsgeschichtliche Betrachtung der mitgliedschaftsrechtlichen Pflichtenintegration	87
	(1) Mitgliedschaft in der Aktiengesellschaft	87
	(2) Der „Genossenschaftsanteil“	89
	(3) Die Konzeption der §§ 14 ff. GmbHG	90
	d) Kriterien für Komplexrechte und innere Annexrechtsverhältnisse?	97
	e) Schlussfolgerung	100
	2. Die rechtsformübergreifend einheitliche Betrachtung	100
	II. Mitgliedschaft und Einzelrechte	102
	III. Überblick über die Wirkungsweisen des subjektiven Mitgliedschaftsrechts für die Eingriffsdogmatik	104
§ 4	Das Problem der Normprägung	107
	I. Der Begriff der Normprägung als Problem des einfachen Rechts	108
	II. Überblick über die möglichen Prägungsebenen	110
	III. Subjektives Recht und Normprägung	111
	1. Der „positive Kern“ als Gegenbegriff zur Imperativentheorie	114
	2. Die naturrechtliche Konzeption Dernburgs und die Kritik an dieser Konzeption	116
	3. Die Perspektive der Rechtsphänomenologie	119
	4. Die Positionen von Coing und Fezer	129

5. Zwischenergebnis	130
IV. Normprägung und Verband	131
1. Der Verband als Bezugsobjekt der Mitgliedschaft	132
2. Der Verband im Verhältnis zum positiven Recht	135
a) Der Ausgangspunkt: Die juristische Person als Fiktion	135
b) Die Gegenbewegung: Die Lehre vom realen Verband	136
c) Sonstige Ansätze zur Durchbrechung des strengen Positivismus?	143
d) Zwischenergebnis zur Normprägung beim Verband	146
V. Normprägung und deliktsrechtliches Modell	147
VI. Ergebnis	149
§ 5 Mitgliedschaftliche Besitzstandswahrung	149
I. Moderne Vorstellungen eines mitgliederschafflichen Bestandsschutzes	150
II. Bestandsschutz auf Basis der Sonderrechtsdogmatik	155
1. Entstehungsgeschichte: § 35 BGB als „offene Norm“	156
2. Das Sonderrecht auf Erhaltung der Mitgliedschaft	157
3. Die Ablehnung des Sonderrechts auf Bestandsschutz durch die Privilegienlehre	159
4. Die Wesentlichkeitslehre Lehmanns	163
a) Bestandsschutz für wesentliche Rechte als Folge der begrenzten Vertragsbindung	164
b) Wesentlichkeit und positives Recht – Gesamtwürdigung	168
5. Am Rechtszuweisungssinn orientierte Sonderrechtslehren	169
a) Die Lehren Stobbes und Oertmanns	169
b) Die Ansicht Regelsbergers	171
6. Die Wesenslehre Markowitschs	171
7. Die Lehre Gadows	173
8. Weitere „Verweisungsnorm“-Konzepte	175
III. Ergebnis	176
§ 6 Das Normprägungsmodell der Mitgliedschaft – eine Zusammenfassung	177
I. Das Verhältnis von Eingriff und Ausgestaltung bei normgeprägten, subjektiven Rechten	177

Inhaltsverzeichnis

II. Die Prägungsebenen – Ein dynamisches Mitgliedschaftsmodell	182
1. Delegation an die Gesellschafterversammlung	184
2. Delegation an die Verwaltungsorgane	186
3. Der auf allen Delegationsstufen einheitliche Charakter des Eingriffs als bloße Ergebnisbeschreibung	187
4. Schlussfolgerungen für die Untersuchung von Ausgestaltungsschranken	190
§ 7 Der Eingriff in die Mitgliedschaft als Scheinargument	191
I. Metaphern, Chiffren und Kryptoargumente	192
II. Die Gefahren der verhüllenden Begründung	197
1. Fehlende Begründungstransparenz	197
2. Die Gefahr der unbewussten Verselbstständigung des Bilds	198
3. Das Potenzial gezielter Manipulation	199
III. Schlussfolgerung	200
II. Kapitel Wirkungsfelder der Eingriffsdogmatik: Die materielle Beschlusskontrolle	204
§ 8 Terminologie der materiellen Beschlusskontrolle	204
§ 9 Begründungsansätze aus den gesetzlichen Kompetenznormen selbst	205
I. Wortlaut und System	206
1. Ableitung der materiellen Beschlusskontrolle aus einem normimmanenten Regel-Ausnahme-Prinzip?	206
2. Materieellrechtliche Implikationen der Berichtspflicht?	207
3. Zur Ableitung einer materiellen Beschlusskontrolle aus der Regelung über den vereinfachten Bezugsrechtsausschluss	210
4. Weitere systematische Aspekte	214
II. Entstehungsgeschichtlicher Hintergrund	217
1. Bezugsrecht und Bezugsrechtsausschluss	217
a) Die ursprünglichen Hintergründe des Bezugsrechts	217
b) Eine Neubesinnung im Aktiengesetz von 1937?	220
c) Modifikationen durch das Aktiengesetz von 1965	225
2. Minderheits- und Individualschutz im Allgemeinen: Die Generalklauseldebatte und ihre Auswirkung	229
III. Telos des § 186 I, III AktG	234

§ 10	Ableitung einer materiellen Beschlusskontrolle aus den §§ 243 II, 117 AktG	236
	I. § 243 II AktG	237
	II. § 117 AktG	244
§ 11	Die Bindung an Gesellschaftszweck und Gesellschaftsinteresse	249
	I. Herleitung der Zweck- und Interessenbindung	250
	II. Verbandszweck und Verbandsinteresse	251
	1. Zweck	251
	2. Verbandsinteresse als Zweckkonkretisierung	253
	3. Die beschlussgegenständliche Reichweite der Bindung an Zweck und Interesse	257
	III. Der Vorgang autonomer Konkretisierung nach Paefgen	258
	IV. Zwischenergebnis: Bindung des Bezugsrechtsausschlusses an das Verbandsinteresse	262
	V. Alternative: Verhältnismäßigkeit als Ermessensgrenze?	264
	VI. Das Zweckbindungsmodell Mülberts	268
	1. Das Grundmodell: Ableitung des Verhältnismäßigkeitsprinzips aus der Zweckbindung	268
	2. Das Korrektiv: Konzentration auf den Vermögensschutz	270
	3. Stellungnahme zum Zweckbindungsmodell Mülberts	271
	VII. Ergebnis zur Zweckbindung	276
§ 12	Vereinzelt gebliebene Begründungsansätze	277
	I. Gewohnheitsrecht	277
	II. Ableitung aus der Funktion der Aktiengesellschaft	277
	III. „Verbandsausschluss auf Raten“	279
	IV. Materielle Beschlusskontrolle als Grenze der Vertragsbindung?	282
	V. Der Gleichbehandlungsgrundsatz	284
§ 13	Die Ableitung der Beschlusskontrolle aus der Treuepflicht	286
	I. Begründungsansätze zur Treuepflicht mit Blick auf die Herleitung einer materiellen Beschlusskontrolle	288
	1. Vorbemerkung: Notwendigkeit einer Ebenentrennung?	288
	2. Treuepflicht als Korrelat von Eingriff oder Gestaltungsmacht	290
	3. Treuepflicht als Ausdruck der Vertragsbindung	294
	4. Treuepflicht als Gewohnheitsrecht	296

Inhaltsverzeichnis

5. Treuepflicht als Ausfluss eines Gemeinschaftsverhältnisses	296
6. Treuepflicht als Treuhandpflicht	296
7. Treuepflicht als Ausdruck einer institutionellen Bindung des Mehrheitsprinzips	297
8. Treuepflicht als Rechtsfortbildungsprodukt	309
9. Treuepflicht als Chiffre für § 242 BGB	309
II. Fazit: Treuepflicht als „ermächtigende Generalklausel“	309
III. Ermächtigungsgrenzen: Die Inversionen – Fortwirkungen des Eingriffsdenkens?	310
1. Die systematische Ersetzung gesetzlicher Regelungsansätze durch eine offene Abwägungslösung	311
2. Inversion der gesetzlichen Regelvermutung	314
a) Inversion im Hinblick auf den Anwendungsbereich	314
b) Sachlich-inhaltliche Wertungsinversion	316
aa) Inversion der Beweislast	316
bb) Inversion der Argumentationslast: Gebot der Verhältnismäßigkeit	317
cc) Inversion der mangelnden Vorgegebenheit des Bezugspunkts: Erforderlichkeitsprinzip	319
(1) Erforderlichkeit als relatives Optimierungsgebot	319
(2) Individualschutz als materielles Rechtsprinzip?	323
(3) Verhältnismäßigkeitsprüfung als „formelles Rechtsprinzip“?	325
3. Ergebnis	330
IV. Die Belastungskontrolle Mayers	330
V. Zusammenfassung und eigener Ansatz: Ein inversionsfreies Kontrollmodell im Vergleich zum Ansatz Wandreys	333
§ 14. Exkurs: Möglichkeiten zur Rekonstruktion einer materiellen Beschlusskontrolle durch Satzungsgestaltung	336
§ 15 Materielle Beschlusskontrolle als Produkt richterlicher Rechtsfortbildung	341
I. Die Analyse Wanks	343

II. Die methodischen Probleme	348
1. Bedarf für eine allgemeine Verhältnismäßigkeitskontrolle?	348
2. Systeminversionen: Rechtsfortbildung contra legem	352
3. Die Gefahr der Verdeckung	358
§ 16 Ergebnis zur materiellen Beschlusskontrolle	362
§ 17 Bedeutung des Eingriffsbilds für die Diskussion über die materielle Beschlusskontrolle	363
III. Kapitel Wirkungsfelder der Eingriffsdogmatik: Die ungeschriebene Hauptversammlungskompetenz	367
§ 18 „Versteckte“ geschriebene Kompetenznormen?	369
I. § 119 II AktG: Reduktion des Vorlageermessens?	370
II. § 121 I Var. 3 AktG – Eine implizite Kompetenzgeneralklausel?	372
§ 19 Gesetzes- und wertungsimmanente Rechtsfortbildungsansätze	374
I. § 119 I AktG – Kein prinzipielles Analogiehindernis	374
II. Eröffnung einer planwidrigen Regelungslücke	376
III. Einzel- oder Generalanalogie?	379
1. Die Defizite der Generalanalogie	379
2. Der Weg zu einer differenzierenden Einzelanalogie	382
3. Alternativen: Ein generalisierendes Deduktionsmodell aus dem Mitgliedschaftseingriff heraus?	384
IV. Das Problem der Außenwirkung	386
V. Bedeutung der Mitgliedschaft im Rahmen der teleologischen Anknüpfungspunkte für eine Hauptversammlungskompetenz	389
1. Konzernverfassungsrechtlicher Ansatz	389
2. Der Ansatz über die Individualrechtsstellung	392
a) Zweckänderung und Unternehmensgegenstandsänderung	393
b) Identitätsänderung der Mitgliedschaft	395
c) Die Gefährdung des gesamten Gesellschaftsvermögens?	396
d) Die Veränderung der Verbandsteilhabequote	406
aa) Grundlagen	406
bb) Das Ausmaß mitgliedschaftlicher Relevanz	410

Inhaltsverzeichnis

e) Zur analogen Anwendung der Hauptversammlungskompetenzen des Umwandlungsgesetzes	416
3. Zwischenergebnis	418
§ 20 „Offene“ gesetzesübersteigende Rechtsfortbildung	420
I. Zur Kategoriebildung – Rechtsfortbildung contra legem?	421
II. Rechtspolitisches Bedürfnis für eine Hauptversammlungskompetenz bei Mediatisierungen	423
III. Die methodischen Voraussetzungen und Grenzen der Rechtsfortbildung contra legem	426
IV. Verdeckte „offene“ Rechtsfortbildung?	432
§ 21 Zusammenfassung: Die Eingriffsdogmatik bei ungeschriebenen Hauptversammlungskompetenzen	433
I. Eingriffsdogmatik und Konzernbildungskontrolle	433
II. Ausblick: Eingriffsdogmatik und Konzernleitungskontrolle	435
IV. Kapitel Wirkungsfelder der Eingriffsdogmatik: Kernbereichslehre	438
§ 22 Entwicklung der Kernbereichslehre	438
I. Frühe Entscheidungen	439
II. Folgeentwicklungen: Konsolidierungsphase	442
1. Die Hinwendung zu den methodischen Grundlagen des Bestimmtheitsgrundsatzes	442
2. Korrektive Tendenzen mit Blick auf Beitragserhöhungen	445
III. Folgeentwicklungen: Die Entwicklung eines neuen Kontrollmodells bei Mehrheitsentscheidungen	446
1. Die „OTTO-Entscheidung“	446
2. „Schutzgemeinschaft II“ und „Sanieren oder Ausscheiden“	448
IV. Der vorläufige Schlusspunkt im Jahr 2014 – Ein Überblick zum gegenwärtigen Kontrollmodell für Mehrheitsbeschlüsse in Personengesellschaften	451
§ 23 Zur Bewertung des Treuepflichtmodells	456
I. Das Kontrollmodell bei Maßnahmen ohne Berührung der Mitgliedschaft	458

II. Das Kontrollmodell bei Mitgliedschaftsberührungen außerhalb des Kernbereichs	460
1. Kontrollintensität: Ein Anwendungsgebiet für das Gebot der Verhältnismäßigkeit?	460
2. Die Bedeutung der privatautonomen Mehrheitsermächtigung	467
a) Möglichkeit zur Einrichtung des Mehrheitsprinzips auch für Vertragsänderungen	467
b) Mehrheitsermächtigung als rein formaler Aspekt ohne materiellen Aussagegehalt?	474
c) Zu Zweifeln am Autonomiegehalt langfristiger und komplexer Bindungen	476
aa) Grundansatz: Begründung eines Autonomiedefizits	476
bb) Schmolkes Versuch der Ableitung eines Kontrollmodells aus einem Autonomiedefizit	477
3. Zwischenergebnis: Keine Verhältnismäßigkeitsprüfung	482
III. Das Kontrollmodell bei Kernbereichseingriffen	483
1. Die Verteilung von Argumentations- und Beweislast	483
2. Existenz und Relevanz von Aufopferungsstimpflichten	486
3. Die relative Unwirksamkeit eingreifender Beschlüsse	491
4. Zwischenergebnis und Aufgabenpräzisierung: Die subjektivrechtliche Abgrenzung als Kontrollgrundlage	493
5. Keine Ablösbarkeit des Kernbereichs durch eine erweiterte Verhältnismäßigkeitskontrolle	494
6. Das Problem: Die Bestimmung des Kernbereichs	496
7. Die Ausgrenzung mittelbarer Eingriffe	499
§ 24 Die methodischen Grundlagen des unverzichtbaren und des unentziehbaren Kernbereichs	503
I. Unverzichtbare Mitgliedschaftsrechte	503
1. Terminologie und Abgrenzung	503
2. Die methodische Grundlage der Unverzichtbarkeit	505
3. Der Kreis der unverzichtbaren Rechte	511
a) Formale Entscheidungsteilnahmerechte	511
b) Informations- und Kontrollrechte	514
c) Klagerechte	517
d) Kündigungs-/Austrittsrechte	518
e) Treuepflicht und Gleichbehandlungsgrundsatz	520

Inhaltsverzeichnis

II. Unentziehbare Mitgliedschaftsrechte	521
1. Begrenzte Vertragsunterwerfung – Zustimmungsvorbehalte als Ergebnis typisierender Vertragsauslegung?	521
2. Der gemeinsame Zweck als Auslegungsdeterminante?	524
3. Die intervenierende Leitbildfunktion dispositiven Rechts	527
4. Die Untauglichkeit einer Begründung aus der Mitgliedschaft heraus	530
5. Der Rechtsgedanke der §§ 53 III GmbHG, 707 BGB	531
a) Das methodische Modell	531
b) Das Problem der Disponibilität von § 707 BGB als Ausgangspunkt der Analogie	533
c) Rechtsfolgenprobleme: Die Ausgrenzbarkeit nur mittelbarer Einwirkungen und die antizipierte Zustimmung	538
d) Das methodische Kernhindernis: Die fehlende teleologische Äquivalenz von Beitragserhöhung und Rechtsverkürzung	543
6. Ein methodischer Neuansatz über die Sonderrechtslehre?	547
a) Zur analogen Anwendbarkeit des § 35 BGB im Personengesellschaftsrecht	547
b) Die Entwicklung einer allgemeinen Sonderrechtslehre: Aufgabe und Hindernisse	549
c) Der sonderrechtliche Ansatz von Torggler/Torggler als Orientierungspunkt?	550
d) Zwischenergebnis: Rückführung der Kernbereichslehre auf die Sonderrechtslehren ist gleichwohl vorzugswürdig	555
e) (Negative) Leitlinien für eine allgemeine Sonderrechtslehre	557
f) Gesamtergebnis zum Sonderrechtsansatz	559
7. Das Verbot der Selbstentmündigung gemäß § 138 BGB	559
8. Offene Rechtsfortbildung?	563
III. Ergebnis zum gegenwärtigen Stand der Kernbereichslehre und Ausblick	564
§ 25 Kernbereichslehre und Eingriffsdogmatik im Rückblick	571

V. Kapitel	Verfassungsrechtliche Erwägungen	575
§ 26	Ein verfassungsrechtlicher Begründungsansatz für die Fallgruppen der Eingriffsdogmatik	575
	I. Ansätze in Literatur und Rechtsprechung	575
	1. Materielle Beschlusskontrolle	575
	2. Ungeschriebene Hauptversammlungskompetenz	577
	3. Kernbereichslehre	578
	II. Aufgabenstellung	578
	III. Relevante Grundrechtspositionen des Einzelgesellschafters	579
	IV. Grundrechte und Privatrecht	581
§ 27	Eigentum und Verwaltungs-/Mehrheitsmacht	591
	I. Die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Anteilseigentum im Überblick	591
	1. Der Ausgangspunkt	591
	2. Die Entscheidungen zur unternehmerischen Mitbestimmung	592
	3. Entscheidungen zum Informationsrecht	594
	4. Fortführungen der „Feldmühle-Entscheidung“	595
	5. Implikationen aus Entscheidungen zu kapitalbildenden Lebensversicherungen	597
	6. Entscheidungen in Ausrichtung am einfachrechtlich ausgeprägten Normbereich	598
	7. Versuch einer Zusammenfassung	600
	II. Konsequenzen für die Fallgruppen	603
	1. Materielle Beschlusskontrolle	604
	2. Ungeschriebene Hauptversammlungskompetenzen	609
	3. Kernbereichslehre	612
	III. Bewertung und eigener Ansatz	613
	1. Anteilseigentum als normgeprägte Grundrechtsposition	613
	2. Grundrechtsausgestaltung oder -eingriff?	616
	3. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Ausgestaltung	623
	a) Institutsgarantie als Maßstab	623
	b) Erweiterte Institutsgarantie in Orientierung an der Rechtstradition	625
	c) Die Bedeutung der Gestaltungsfreiheit in Satzung und Gesellschaftsvertrag	627

Inhaltsverzeichnis

d) Pflicht zur Ausgestaltung sozialer Gebundenheit nach Art. 14 II GG?	639
e) Pflicht zur prospektiv bestandswahrenden Ausgestaltung?	641
f) Die Bedeutung des Grundsatzes „folgerichtiger“ Ausgestaltung	644
g) Ergänzung und Ablösung der Institutsgarantie durch Abwägungslehren?	647
h) Insbesondere der Grundsatz äquidistanter Abwägung	651
4. Ergebnis zur Ableitung aus dem Anteilseigentum	655
§ 28 Rechtsgeschäftliche Selbstbestimmungsfreiheit und Verwaltungs-/Mehrheitsmacht	657
I. Rechtsgeschäftliche Selbstbestimmungsfreiheit als Bezugspunkt	657
II. Korrektur der Mehrheitsermächtigungen	665
1. Selbstbestimmungsfreiheit bei Verbandsgründung und Verbandsbeitritt	667
a) Gestörte Vertragsparität?	667
b) Verfassungsrechtlich relevante Rationalitätsdefizite?	678
2. Selbstbestimmungsfreiheit bei mehrheitsbestimmter Verbandsfortentwicklung	682
III. Korrektur der zwingend eingeschränkten Hauptversammlungskompetenzen	699
§ 29 Verfassungsrechtliches Ergebnis	701
Zusammenfassung in Thesen	703
Literaturverzeichnis	715

Verzeichnis verwendeter Abkürzungen

A.	Auflage
a.A.	anderer Ansicht
aaO.	am angegebenen Ort
abw.	abweichend
allg.	allgemein
amtl.	amtlich/e/er/es
Anm.	Anmerkung
ArchBR	Archiv für Bürgerliches Recht
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie
Begr.	Begründung
betr.	betreffend
bspw.	beispielsweise
BT-Drs.	Bundestagsdrucksache
Buschs Archiv	Archiv für Theorie und Praxis des allgemeinen deutschen Handelsrechts (ab 1873; und Wechselrechts) (hrsg. von <i>Busch</i>)
bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
C.C.	Codice Civile (It)/ Code Civil (F)
ders.	derselbe
d.h.	das heißt
dies.	dieselben
DJT	Deutscher Juristentag
entspr.	entsprechend
Fn.	Fußnote
FS	Festschrift
GA	Generalanwalt
ggf.	gegebenenfalls
ggü.	gegenüber

Verzeichnis verwendeter Abkürzungen

Gruchot	Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts (hrsg. von <i>Gruchot</i>)
Hastings CLQ	Hastings Constitutional Law Quarterly
HoldhMS	Monatsschrift für Handelsrecht und Börsenwesen (hrsg. von <i>Holdheim</i>)
idF.	in der Fassung
i.d.S.	in diesem Sinne
i.e.S.	im engeren/eigentlichen Sinne
inkl.	inklusive
insbes.	insbesondere
iRd.	im Rahmen des/r
i.S./iSd./iSv.	im Sinne/im Sinne des/r/im Sinne von
i.w.S.	im weiteren Sinne
JBl	Juristische Blätter (Österreich)
JherJB	Jherings Jahrbücher für die Dogmatik bürgerlichen Rechts
JLBl	Juristisches Literaturblatt
JÖR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge, ab 1951
Kap.	Kapitel
Kgr.	Königreich
krit.	kritisch
KritVJ	Kritische Vierteljahresschrift
LM/LMK	Lindenmaier/Möhring, Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs, München, Loseblatt, 1950–2002; ab 2003: „LMK“, kommentierte BGH-Rechtsprechung
Mot.	Motive
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
Nr.	Nummer
OR	Obligationenrecht (Schweiz)
PrE	Preußischer Entwurf für ein ADHGB
Prot.	Protokolle
Reg-Begr.	Regierungsbegründung

Verzeichnis verwendeter Abkürzungen

RegE.	Regierungsentwurf
RGBl	Reichsgesetzblatt
Rn.	Randnummer
Rspr.	Rechtsprechung
s.	siehe
s.E.	seines Erachtens
scil.	scilicet/scire licet
SeuffBl	Seuffert's Blätter für Rechtsanwendung
Slg.-EuGH	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs
sog.	sogenannte/r/s
u.a.	unter anderen/m
überw.	überwiegend/e
v.a.	vor allem
vgl.	vergleiche
vglb.	vergleichbar
WarnR	Die Rechtsprechung des Reichsgerichts auf dem Gebiete des Zivilrechts (hrsg. von <i>Warneyer</i>)
z.B.	zum Beispiel
ZBH	Zentralblatt für Handelsrecht
ZfDR	Zeitschrift für deutsches Recht und deutsche Rechtswissenschaft
ZfgG	Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen
ZfPuÖR	Zeitschrift für das Privat- und Öffentliche Recht der Gegenwart (Nebentitel: Grünhuts Zeitschrift)
ZfPW	Zeitschrift für die gesamte Privatrechtswissenschaft
z.T.	zum Teil
zutr.	zutreffend

Weitere gebräuchliche Abkürzungen nach *Kirchner, Hildebert/Böttcher, Eike*, Abkürzungsverzeichnis der Rechtssprache, 7. A., Berlin, 2013.

